

Bundestagswahl am 27. September

Aus der Krise hilft nur grün

Grüne Ideen haben Hochkonjunktur. Weltweit wird immer mehr klar, dass gerade jetzt, mitten in der tiefen Weltwirtschaftskrise, massiv in Klimaschutz und ökologische Modernisierung investiert werden muss.

Ban-Ki Moon, Barack Obama, Achim Steiner, der Papst ... die Liste ließe sich fortsetzen. Sie alle haben einen „Green New Deal“ gefordert. Wirtschafts-, Finanz- und Klimakrise können gemeinsam bekämpft werden. Durch massive Investitionen in die kohlenstoffarme Wirtschaft von morgen werden Jobs geschaffen, es entsteht wirtschaftliche Dynamik und der Klimaschutz bekommt endlich den nötigen Schub. Wir Grüne stellen dieses Thema in den Mittelpunkt unseres Bundestagswahlkampfes. Der Grüne New Deal ist die einzige überzeugende Antwort auf die Wirtschaftskrise. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sind davon überzeugt.

Mit einem New Deal hatte in den Dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt auf die Weltwirtschaftskrise reagiert. Aber jetzt muss es darum gehen, den Ausweg aus der Krise zugleich mit dem Einstieg in ein nachhaltiges Wirtschaften zu verknüpfen. Die GRÜNEN wollen daher Produktionsprozesse ressourcenleicht ausgestalten, das Energiesystem vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen und ernst machen mit einer kohlenstoffarmen Wirtschaft. Der Grüne New Deal verknüpft die Neuordnung der Finanzmärkte mit sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen sowie Investitionen in die Infrastrukturen von Morgen.

Green New Deal

Mit Investitionen in Klimaschutz, Gerechtigkeit und Bildung können wir eine Million neue Jobs schaffen. Allein durch ökologische Modernisierung mit den Kernbereichen Erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, ökologische Landwirtschaft, nachhaltige Mobilität sowie Abfall- und Wasserwirtschaft sollen in vier Jahren 400.000 Arbeitsplätze entstehen. 185.000 Arbeitsplätze könnten nach unseren vorsichtigen Berechnungen im Bereich Bildung und Betreuung entstehen und 150.000 durch eine bessere und sozialere Ausgestaltung des Gesundheitssystems. Bundeskanzlerin Merkel hat stolz verkündet: „Mit mir wird es keine Klimaschutz- Beschlüsse geben, die in Deutschland Arbeitsplätze oder Investitionen gefährden!“ Das ist genau der falsche Geist von gestern, der die



Jürgen Trittin unterschreibt den Grünen Gesellschaftsvertrag

Foto: Oliver Münchhoff

große Koalition der Klimaschutzbremsen bestimmt. Die Wahrheit aber ist: Profitgier vernichtet Jobs, unregulierte Banken und deregulierte Märkte vernichten Jobs. Klimaschutz hingegen schafft Jobs. Grüne Politik hat das längst gezeigt.

Auch und gerade in den industriellen Kernbereichen Deutschlands wie Automobilbau, Chemie, Maschinenbau und Elektroindustrie muss jetzt nachhaltig umgesteuert werden. Diese Branchen haben auf den Märkten der kommenden Jahrzehnte nur dann eine Chance, wenn sie den Strukturwandel zum nachhaltigen Wirtschaften mitgehen. Unser Wahlprogramm listet dazu eine Reihe von Maßnahmen auf, etwa den Top Runner Ansatz, ein innovationsförderndes Ordnungsrecht mit strengen Grenzwerten oder massive Investitionen in Wärmedämmung, von denen die Chemieindustrie profitiert.

Nachhaltig umsteuern

Seit vier Jahren regiert in Deutschland die große Koalition. Etliche dachten damals, große Koalitionen seien gut, um große Probleme zu lösen. Große Probleme - Große Koalition? - Welch ein Irrtum. Große Koalition, kleines Karo! Heute blicken wir auf den größten Schuldenberg in der Geschichte der Bundesrepublik. Zwei Konjunkturpakete haben 80 Mrd. Euro gekostet, aber die meisten Maßnahmen wirken nicht

oder sind ökonomisch und ökologisch unsinnig. Beispiel Abwrackprämie: Viele Menschen ziehen jetzt einfach den Kauf ihres Neuwagens um ein oder zwei Jahre vor. Heute fahren VW und Opel deswegen Extraschichten - und nächstes Jahr Kurzarbeit? Was das für die Zulieferindustrie, gerade in NRW bedeutet, kann man sich ausmalen. Beispiel kommunale Investitionen: Bis der Mittelabfluss endlich ins Laufen kam, vergingen Monate. Mit ihrer Mischung aus Kleinmut, Lobbypolitik und falschen Prioritäten bietet die große Koalition in der Krise keine Lösungen und keine Sicherheit.

Die Zeit ist reif für neues Denken und für unseren grünen New Deal - eine soziale, ökologische und wirtschaftlich vernünftige Politik. Durch Investitionen in Klimaschutz, Gerechtigkeit und Bildung schaffen wir eine Million neue Jobs. Und wir geben der Wirtschaft ein neues Fundament: Ob Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz, die Kindergrundsicherung, der Ausbau der Erneuerbaren Energien oder mehr Wärmedämmung – alles Beispiele für einen doppelten Mehrwert grüner Politik: Gut fürs Morgen, gut fürs Heute. Im Wahljahr 2009 entscheidet sich, ob wir nach vier Jahren kleinem Karo endlich wieder das große Ganze in den Blick bekommen. Es lohnt sich, grün zu wählen.

Jürgen Trittin, Mitglied des Bundestages

Klimaschutz bleibt grün

Die Wahlprogramme der Anderen auf dem Prüfstand

Ökosein ist in den letzten Jahren Mainstream geworden. Die Klimakrise und ihre Folgen sind in fast allen Teilen der Gesellschaft angekommen. Auch bei den Parteien. Sie alle versprechen, sich für den Klima- und Umweltschutz zu engagieren. Doch wenn man sich die Wahlprogramme genauer anschaut, stellt man schnell fest, wer es mit der Ökologie wirklich ernst meint und wer immer noch Ökonomie und Ökologie gegeneinander ausspielt.

Die schwarze Ökopackung

Unter „Wir haben die Kraft. Gemeinsam für unser Land“ finden sich bei CDU/CSU zwar ambitionierte Aussagen zur Energie- und Klimapolitik. Bis 2020 soll die CO₂-Emission um 40 Prozent reduziert werden. Der Anteil der erneuerbaren Energien in Deutschland soll auf 30 Prozent gesteigert und die Energieeffizienz verdoppelt werden. Doch wie sie das erreichen wollen, bleibt ungewiss. Bloße Lippenbekenntnisse wie in der Vergangenheit auch? Kohle- und Atomkraft bleiben weiterhin fester Bestandteil des Energie-

noch nicht ausgereift ist, scheint die Union nicht zu stören.

Noch wolkiger wird es bei der Gentechnik: „Politik muss die Sorgen der Bürger bei grüner Gentechnik ernst nehmen und darf keine unnötigen Risiken eingehen“. Mehr steht dazu nicht im Wahlprogramm. CDU/CSU drücken sich wie immer vor klaren Aussagen, man will es sich mit der Gentechnik-Lobby nicht verscherzen.

Das gelbe Umweltpäckchen

Wer lange sucht, findet auch im Wahlprogramm der FDP umweltpolitische Aussagen. Zwar nennt die FDP den Klima- und Ressourcenschutz die „herausragenden umweltpolitischen Herausforderungen unseres Jahrhunderts“. Wer der FDP seine Stimme gibt, wählt jedoch auch BefürworterInnen von Kohle- und Atomstrom - neue Kohlekraftwerke mit CCS-Technologie sowie die Rückkehr zur Kernenergieförderung.

Für die FDP ist die Gentechnik der Heilsbringer der Zukunft: als Mittel gegen den Welthunger, als nachwachsende Rohstoffe und für mehr Naturschutz. Die überwältigend ablehnende Haltung der Verbraucherinnen und Verbraucher müsse laut Programm „im Dialog abgebaut werden“. Damit wird klar, für welche Lobby die FDP arbeitet.

Mit Steinmeier erst die Kohle verheizen

Im Wahlprogramm der SPD mit dem Titel „Sozial und demokratisch. Anpacken. Für Deutschland“ nimmt Umweltschutz eine prominente Position ein. In Bezug auf die Kernenergie versprechen die Sozialdemokraten am Ausstieg festzuhalten, auch Laufzeitverlängerungen für AKWs werden ausgeschlossen. Die SPD hält jedoch an ihrem Image als „Kohle-Partei“ fest. Sie will den deutschen Steinkohlebergbau retten und „sein Auslaufen verhindern“. Dies steht im klaren Widerspruch zu den positiven Forderungen nach ambitionierten Klimaschutzzielen und dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Trotz starker öffentlicher Proteste setzen die Sozialdemokraten auf die riskante CCS-Technologie zur CO₂-Abscheidung und -Einlagerung. Der deutsche Steinkohlebergbau soll erhalten bleiben. Für die Zukunft können sich die Sozialdemokraten sogar die Subventionierung neuer Kohlekraftwerke vorstellen. Auch bei der Gentechnik weiß man nicht so recht, was die Sozialdemokraten wollen: Die Partei setzt sich zwar für eine EU-einheitliche Kennzeichnung von Produkten mit dem Label „ohne Gentechnik“ ein. Jedoch ist dies nur die zweitbeste Lösung, denn wo Gentechnik drin ist, soll auch Gentechnik draufstehen.

Öko-Science Fiction aus der linken Ecke

In ihrem Wahlprogramm „Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden“ verspricht die Linke: Weg von Kohle und Atom, Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sowie ein Verbot der Agrogentechnik. Damit lässt die Linke auf einen Partner hoffen, mit dem die Grünen die ökologische Wende in Deutschland am ehesten verwirklichen können. Jedoch steht die Linke nur für den mittelfristigen Ausstieg aus der Kohlekraft. Oskar Lafontaine kämpft für den saarländischen Kohlebergbau und ließ dies in letzter Zeit immer wieder verkünden. Daher bleiben Zweifel bestehen, wie ernst die Linke die ökologische Sanierung des Staates wirklich meint.

Wir wissen nicht, was der freundliche schwarzrotgelbe Wahlhelfer empfiehlt, wir empfehlen die grüne Erststimme für Ströbele.

Katrin Schmidberger

Verwirrt in Europa

Die neu ins Europaparlament gewählte Abgeordnete Ska Keller aus Brandenburg über ihren Einstieg in das Straßburger Parlament

Jetzt bin ich eine „richtige“ Euro-paabgeordnete. Vorher waren wir nur halbe MEPs, ohne Rechte, Büros oder Angestellte. Jetzt habe ich ein Büro, zumindest in Straßburg. In den Nachbarbüros sitzen Jan und Sven, alle mit Fenster zum Innenhof, in dem sich heute - kurz vor Abfahrt - eine riesige Blaskapelle aufgebaut hat. Die Fenster mussten also erstmal geschlossen bleiben, wenn wir telefonieren wollten. Im Büro hatte ich nach einigen Telefonaten und Rumgerenne dann auch endlich Internetzugang. Das Internet war aber nicht die einzige komplizierte Sache. Nach dem Kampf um die WählerInnenstimmen hat jetzt die Verwaltung zum Wettkampf des „Survival of the Fittest“ aufgerufen. Mehr als einmal musste ich an das „Haus das verrückt macht“ aus „Asterix erobert Rom“ denken, denn in unzähligen Verwaltungsgängen müssen Hausansweise und Email-Adressen erkämpft werden. Aber seitdem wir MitarbeiterInnen haben, können diese sich damit Vollzeit beschäftigen.



Ska Keller auf dem Wahlplakat zur EU-Wahl
Foto: Oliver Münchhoff

Im Plenarsaal am Tag 1 der Straßburgwoche wurde über den Parlamentspräsidenten abgestimmt. Das elektronische

Abstimmungstool kam dabei leider nicht zum Tragen. Es wurde schriftlich abgestimmt und jede Abgeordnete musste den Stimmzettel in einen Briefumschlag stecken und bei der Abgabe unterschreiben. Dann wurden die Stimmen gezählt und die Sitzung unterbrochen - für jeweils fast zwei Stunden. Gleichzeitig mit den Wahlen haben sich auch die Ausschüsse konstituiert. Ich bin im Entwicklungs- und im Innenausschuss. Letzterer beschäftigt sich u.a. mit Grundfreiheiten und Asylrecht. Im Entwicklungsausschuss stellen wir mit Eva Joly aus Frankreich die Vorsitzende und planen bereits unsere Strategie bei einem Fischereiabkommen.

Meine BüronachbarInnen und ich sind uns jetzt schon einig, dass das monatliche Pendeln nach Straßburg nervt. Wir wol-

len lieber in Brüssel arbeiten und nicht so viel Zeit und Nerven beim Fahren verlieren. In Brüssel haben wir uns mittlerweile ganz gut eingelebt und bekommen am Montag auch endlich unsere Büros. Eine Wohnung in Brüssel habe ich bereits, nur gesehen habe ich sie noch nicht – mein Mann hat sie ausgesucht.

Alles in allem macht die Arbeit im Parlament viel Spaß und ist gleichzeitig extrem anstrengend. Noch dazu sind die Sommerferien gestrichen, weil ich nebenbei noch meine Magisterarbeit schreiben muss. Nächste Woche geht es aber auf jeden Fall wieder nach Brüssel, um inhaltlich zu arbeiten - mit Büro und allem Drumherum.

Ska Keller, Mitglied des EU-Parlaments

EU-Wahl 2009 in Zahlen:

43,3 % in Friedrichshain-Kreuzberg, 23,6 % in Berlin, 12,2 % bundesweit
Fünf Grüne aus Berlin-Brandenburg von 55 Grünen im Europäischen Parlament!
Damit sind wir die am stärksten vertretene Region ganz Europas in der Grünen Fraktion. Ein riesiges Dankeschön an alle, die dabei geholfen haben.